

Neue Zahlen zeigen, dass ausländische Frauen öfter beschuldigt werden als Schweizer Männer

«Häusliche Gewalt ist vor allem ein Migrationsproblem»

RUEDI STUDER

Schläge, Misshandlung, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigung, Stalking, Drohung bis hin zu Tötungsdelikten – die Palette häuslicher Gewalt ist breit. Über 21 000 Fälle mit rund 11 000 Beschuldigten verzeichnet die polizeiliche Kriminalstatistik 2024 in diesem Bereich.

Sechs Prozent mehr als im Vorjahr.

Im Parlament entbrannte während der Budgetberatung letzten Dezember eine emotionale Debatte darüber, wie viel Geld in die Präventionsarbeit fliessen soll. **Gerungen wurde dabei um eine Million Franken zusätzlich für Frauenschutz.** Der Nationalrat lehnte diese anfänglich ab. Erst nach einer von SP-

Nationalrätin Tamara Funicello (35, BE) angeführten Kampagne mit etwa 500 000 Unterschriften kam die Aufstockung der Präventionsgelder durch.

Gegen die Stimmen der SVP. Ihr Vorwurf: Die Linke wolle mehr Geld, verschliesse aber die Augen vor der Problematik der Ausländerkriminalität.

SVP-Nationalrat Pascal Schmid (49, TG) wollte es genauer wissen und verlangte vom Bundesrat konkrete Angaben zur Kriminalitätshäufigkeit von Schweizern und Ausländern im Bereich der häuslichen Gewalt – aufgeschlüsselt nach Geschlechtern. Nun liegt die Auswertung vor.

Das Resultat: **Bei ausländischen Männern liegt die sogenannte Belastungsrate bei 33,3.** Das heisst: 33,3 von 10 000 ausländischen Männern der ständigen Wohnbevölkerung wurden

«Wir müssen gegen Täter härter durchgreifen.»

Pascal Schmid, SVP-Nationalrat



«Finanzielle Probleme führen zu Konflikten.»

Tamara Funicello, SP-Nationalrätin

allein ein Migrationsproblem», so seine Schlussfolgerung.

Die neuen Zahlen würden zeigen, wo man anpacken müsse. «Anstatt Schweizer Männer unter Generalverdacht zu stellen, müssen wir den Hebel bei der Migration ansetzen», sagt Schmid. **«Der Zuwanderung aus Steinzeitkulturen, die einen völlig anderen Umgang mit Frauen haben und Gleichberechtigung nicht kennen, müssen wir einen Riegel vorschieben.»**

Es brauche auch mehr Repression, so Schmid. In einem Vorstoss verlangt die SVP-Fraktion denn auch eine Ausweitung des Delikt catalogs für einen obligatorischen Landesverweis. So sollen künftig «sämtliche Offizialdelikte im häuslichen Bereich» eine Ausschaffung zur Folge haben. «Wir müssen härter gegen Täter durchgreifen», sagt Schmid. «Nur Flyer in zwanzig Sprachen zu verteilen und noch

im Jahr 2024 der häuslichen Gewalt beschuldigt. **Bei Schweizer Männern liegt die Rate bei 12,6.** Was die Frauen betrifft, liegt die Rate bei Ausländerinnen bei 13,2 und bei Schweizerinnen bei 4,4.

Unter dem Strich heisst das: Männer sind insgesamt gewalttätiger als Frauen und Ausländer deutlich gewalttätiger als Schweizer.

Schmid hebt dabei einen besonderen Unterschied hervor: Im Bereich der häuslichen Gewalt ist die Belastungsrate ausländischer Frauen sogar höher als die von Schweizer Männern. **«Ausländische Frauen sind somit häufiger gewalttätig als Schweizer Männer.** Das beweist, dass häusliche Gewalt nicht einfach ein reines Männerproblem ist, sondern vor



820 000 Franken für die Kampagne gegen die Halbierungs-Initiative budgetiert

Die SP greift für die SRG tief ins Por



Fotos: Getty Images, Keystone, Sven Altermatt

Der Abstimmungskampf um die Halbierungs-Initiative der SVP wird zur Millionen-Schlacht. Beide Seiten lassen sich nicht lumpen, wie die neusten Zahlen der Finanzkontrolle zeigen. Das Ja-Lager hat derzeit gegen

2 Millionen Franken budgetiert, die Gegner über 3 Millionen Franken.

Was dabei auffällt: Nur gerade drei Parteien werfen derzeit Geld für den Abstimmungskampf auf. **Im rechten Lager buttet die SVP 50 000 Franken in die Ja-Kampagne, die EDU sogar 90 000 Franken.** Die SP hingegen richtet mit der richtig grossen Kelle an. 820 000 Franken

hat sie für ihre Nein-Kampagne reserviert.

«Das müsste den bürgerlichen Initiativgegnern zu denken geben», sagt SVP-Nationalrat Thomas Matter (59, ZH). **Er sieht im finanziellen Engagement der SP einen Beleg für den «Linksdrall» der SRG.** «Die SRG fungiert als Sprachrohr der SP», so Matter. Daher sei es nicht erstaunlich, dass sich die Partei so stark für ein Nein engagiere.

Bei der SP lässt man diesen Vorwurf nicht gelten. «Wenn die SRG zerstört wird, werden Fake News auf den Social-Media-Plattformen das Vakuum füllen», kontert Co-Präsident



Cédric Wermuth (39). **«Unseren 10 000 Kleinspenderinnen und Kleinspendern geht es dabei nicht um links oder rechts, sondern um den Schutz der direkten Demokratie.»**

Die Partei fokussiert in ihrer Kampagne denn auch den Abwehrkampf rechter Populisten wie Milliardär Elon Musk (54) oder US-Präsident Donald Trump (79). «Heute weniger

10 000 Kleinspender legten im Schnitt 75 Franken hin.